



»Kein überschwänglicher Zauber in diesem Anfang«

Thorsten Frei: Viel Licht und viel Schatten /
Jens Löw: Zu wenig Sozialdemokratie

Foto: © Stockwerk-Fotodesign – stock.adobe.com

»Diesem Anfang wohnt kein überschwänglicher Zauber inne« kommentiert der CDU-Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei das Ergebnis der Verhandlungen von CDU und SPD zur Regierungsbildung.

■ Von Felicitas Schück

Schwarzwald-Baar-Kreis. »Ende gut, alles gut?« Das muss noch abgewartet werden. Die SPD-Basis soll schließlich noch darüber abstimmen. Jens Löw, der für die SPD in den Bundestag wollte und Kreisvorsitzender ist, zeigt sich auch nicht gerade begeistert vom Ergebnis der Koalitionsverhandlungen.

»Viel Licht und viel Schatten«, fasst Thorsten Frei zusammen. Immerhin habe man so lässt er verlauten, »eine verlässliche Basis für die nächsten vier Jahre«. Er bedauert, dass das Finanzministerium nun wohl an die SPD gehen wird.

»Sehr zufrieden bin ich mit dem sehr guten Kompromiss im Bereich der Asylpolitik und dem Obergrenzenkorridor von 180 000 bis 220 000 Flüchtlingen und dem begrenzten Familiennachzug für

subsidiär Schutzbedürftige. Es ist absolut richtig, dass es hier kein Nachgeben der Union gab«, erklärte der Bundestagsabgeordnete auf Anfrage. Auch bei der Steuer- und Finanzpolitik habe die Union einerseits punkten können. »Wir haben durchgesetzt, dass es keine Steuererhöhungen geben wird und kleine und mittlere Einkommen stärker entlastet werden.«

Andererseits ist Frei nicht begeistert davon, dass der Steuerspitzensatz nach wie vor bei einem Einkommen von 53 700 Euro beginnen soll. »Das ist das 1,4-fache eines Durchschnittsverdienstes.«

Künftig sollen Bezieher niedriger Einkommen den Solidaritätszuschlag nicht mehr zahlen, diejenigen, die höhere Einkommen beziehen, sollen aber weiter in die Pflicht genommen werden. Zehn Milliarden Euro sollen dafür »eingesetzt« werden. Auf Nachfrage räumt Frei ein, dass er das »rechtlich für höchst problematisch« hält. Es sei die Frage, ob diese Regelung verfassungsrechtlich haltbar sei. »Wichtig ist für mich in Zeiten von Hochkonjunktur auch, dass wir den Solidaritätszuschlag weitgehend abbauen und jungen Familien

mit dem Baukindergeld finanziell beim Erwerb der eigenen vier Wände unterstützen. Leider gehen mir diese Vorschläge nicht weit genug. Konsequente wäre der Abbau des »Solidi« insgesamt, erklärte Frei

Beim Thema Rente sei es gelungen, eine »doppelte Haltelinie« einzuführen. Die Rente soll in der nächsten Legislaturperiode nicht unter 48 Prozent des ehemaligen Einkommens sinken. Zugleich sollen die Beiträge nicht über 20 Prozent steigen.

Beim Thema Krankenversicherung wurde eine Kommission eingesetzt, die überprüfen soll, wie teuer eine Angleichung der Honorare, die für gesetzlich und privat Versicherte an Ärzte gezahlt werden, wäre.

»Eine Bürgerversicherung lehnt die CDU ab«, betont Thorsten Frei: »Unser Gesundheitssystem ist gerade wegen der Dualität von GKV und PKV und dem damit verbundenen Wettbewerb gut aufgestellt. Hier kämpfen die Sozialdemokraten noch immer für eine Scheingerechtigkeit auf Kosten aller Versicherten.«

»Scheinheilig« findet Frei auch die sture Haltung bei den sachgrundlosen Befristungen: »Damit wird die Wirt-

schaft in einem zunehmend härter werdenden globalen Wettbewerb geschwächt, obwohl doch jüngste Studien belegen, dass Befristungen in Deutschland im europäischen Vergleich eine untergeordnete Rolle spielen.«

SPD-Kreisvorsitzender Jens Löw ist vom Ergebnis der Koalitionsverhandlungen auch nicht begeistert. »Im Ergebnis spiegelt sich nicht wider, was ich im Wahlkampf versprochen habe«, sagt der ehemalige SPD-Bundestagskandidat. Es sei zwar klar, dass man mit einem Kompromiss habe rechnen müssen, doch er hätte sich mehr sozialdemokratische Inhalte gewünscht. Zirka 20 neue Mitglieder seien in den vergangenen Tagen in die Kreis-SPD eingetreten. »Sie wollen sich engagieren, weil sie die Inhalte spannend finden«, zieht der Kreisvorsitzende eine Bilanz. Die meisten neuen Mitglieder, so seine Erfahrung, tendierten allerdings eher in Richtung Groko, obwohl es durchaus unterschiedliche Positionen gebe.

In den Ortsverband Villingen-Schwenningen sind elf neue Mitglieder eingetreten. Nach Auskunft des Vorsitzenden Nicola Schurr seien die meisten gegen eine Groko. Schurr selbst ist erklärter Geg-

ner einer großen Koalition und enttäuscht von Martin Schulz: »Herr Schulz hat sein Versprechen gebrochen und will jetzt selbst Minister werden«, so Schurr.

IHK-Präsident Dieter Teufel erklärte: »Die Einigung auf diesen Koalitionsvertrag war eine schwere Geburt mit einem Kompromiss, der für jeden etwas beinhaltet. Das ist gleichzeitig Schwäche und Stärke der Einigung. Insgesamt hätte ich mir mehr Mut für die Herausforderungen der Zukunft gewünscht. Positiv sind die Verlässlichkeit einer solchen Koalition sowie die Zukunftsinvestitionen in Bildung und Digitalisierung. Ausgeblieben ist eine Steuerreform. Hier hätte ich mir von den Parteien mehr Mut und Gestaltungswille erhofft.«

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Marcel Klinge vermisst im Koalitionsvertrag »die klare Bereitschaft zu dringenden notwendigen« Modernisierungsschritten. »Eine unverantwortliche Hypothek zu Lasten der jungen Generation« findet Klinge die Rentenpläne der möglichen neuen Groko. Klinge meint: »Dieser GroKo fehlen Herz und Mut für echte Reformen.«

► Politik
► Villingen-Schwenningen